



## **SP für mehr Steuergerechtigkeit: Weg mit Privilegien für reiche Ausländerinnen – Ja zur Initiative gegen die Pauschalsteuer**

Eine der Baustellen der untergehenden Steuerhinterziehungsoase Schweiz ist die Pauschalsteuer oder Besteuerung nach dem Aufwand. Mit der Pauschalsteuer zahlen reiche Ausländerinnen und Ausländer anstelle der Steuer auf dem effektiven gesamten Einkommen und Vermögen einen Pauschalbetrag, der sich nach den weltweiten Lebenshaltungskosten (Wohnkosten) bemisst. Damit verstösst die Pauschalsteuer gegen die Steuergerechtigkeit und die verfassungsrechtlichen Grundsätze der Rechtsgleichheit und der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Reiche Ausländerinnen und Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz zahlen damit im Vergleich zu den Schweizerinnen und Schweizer zu wenig Steuern. Das untergräbt die Steuermoral und öffnet Missbräuchen Tür und Tor. Selbst milliardenschwere, hier tätige Oligarchen wie Viktor Vekselberg profitieren davon.

Einige Kantone haben diese Millionärsprivilegien abgeschafft: Zürich, Basel-Landschaft und Basel-Stadt, Appenzell Ausserrhoden, Schaffhausen. Die Drohung, das würde Löcher in den öffentlichen Kassen reissen, läuft ins Leere. Die Kantone zeigen: Die Verluste durch Abwanderung wurden durch die ordentlich Besteuernten kompensiert.

Die SP kämpft seit Jahren gegen diese Steuer. Wir sagen ja zur Volksinitiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)“. Die Initiative kommt voraussichtlich noch 2014 zur Abstimmung. Der indirekte Gegenvorschlag (Revision des Gesetzes über die direkte Bundessteuer und des Steuerharmonisierungsgesetzes) ist keine Alternative, nein, er zementiert die krasse Ungerechtigkeit. Nach der Ablehnung der Initiative durch die bürgerliche Mehrheit im Parlament bleibt nur der Weg über Volk und Stände.

Wir wollen keinen Steuertourismus weder in der Schweiz noch international. Wie beim Steuerhinterziehergeheimnis wird sich auch gegen die Pauschalbesteuerung der Druck des Auslands erhöhen. Auch die OECD hat im Länderbericht zur Schweiz im Januar 2012 die Aufhebung dieser Steuer empfohlen. Nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative ist für derartige Privilegien für reiche Ausländerinnen und Ausländer erst recht kein Platz. Die Schweiz ist im Gegenteil dazu aufgerufen, Steuerschlupflöcher zu schliessen und nicht Anlass zu Retorsionsmassnahmen des Auslands zu geben.

### Antrag:

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz wird aufgefordert, gemeinsam mit befreundeten Organisationen eine aktive und breite Kampagne dafür zu führen. Verschiedene Kantone zeigen: Die Pauschalbesteuerung kann an der Urne beerdigt werden. Dazu braucht es unser ganzes Engagement für mehr Gerechtigkeit. Vor allem auch bei den Steuern.